

FSG in der Gewerkschaft GPA

**FSG-GPA-BERICHT
2015 - 2021**

FSG-GPA Bundesforum 2021



FSG GPA-djp Bundesforum 2015

Am 11. November 2015 fand das letzte Bundesforum der FSG in der GPA-djp statt, bei dem auch die personellen Weichen der Fraktionsarbeit neu gestellt wurden. Michael Aichinger, Zentralbetriebsratsvorsitzender der Wiener Gebietskrankenkasse wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt und folgte damit Willi Braun, der diese Funktion seit 2002 innehatte. Seine Antrittsrede beendete der neue Vorsitzende mit den programmatischen Worten: *„Im Mittelpunkt der nächsten Jahre wird das Thema Verteilungsgerechtigkeit stehen. Ich werde die FSG dabei als lösungsorientierten Partner präsentieren, der im Sinne der Kolleginnen und Kollegen aber jederzeit auch bereit sein wird, seine Position streitbar zu vertreten, wenn es nicht anders geht.“*



Übergabe des FSG-Vorsitzes am FSG-Bundesforum 2015

Beim vorangegangenen Bundesfrauenforum der FSG in der GPA-djp wurde Ingrid Streibel-Zarfl, Betriebsratsvorsitzende der BAWAG P.S.K. als FSG-Frauenvorsitzenden bestätigt. Zu Aichingers StellvertreterInnen im FSG-Bundesvorsitz wurden neben Ingrid Streibel-Zarfl auch Alois Freitag, Elisabeth Kubicek, René Pfister, Sandra Steiner, Klaus Zenz und Bettina Zweiler gewählt.



Im Zuge des Bundesforums bedankte sich Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzender Werner Faymann bei den Delegierten des Fraktionsforums in der GPA-djp für die intensive und gute Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft und hier vor allem auch der FSG, ohne die zentrale Erfolge der letzten Jahre nicht zu erreichen gewesen wären.

Besonders hervorgehoben wurde hier das erfolgreiche gemeinsame Ringen um die im Jahr 2015 beschlossene, größte Steuerreform der letzten 40 Jahre.

Dwora Stein, die Bundesgeschäftsführerin der GPA-djp wurde auch bei diesem Fraktionsforum neuerlich als Bundessekretärin der FSG in der GPA-djp wiedergewählt.

2015: gewählte FSG-Vorsitzende in der GPA-djp

	FSG-Vorsitz	FSG-Frauenvorsitz
Bund	Michael Aichinger	Ingrid Streibel-Zarfl
Wien	Bettina Zweiler	Bettina Zweiler
Burgenland	Bernd Weiß	Gudrun Tanczos
Steiermark	Klaus Zenz	Manuela Göstel
Oberösterreich	Beatrix Pröll	Sandra Saminger
Niederösterreich	René Pfister	Christine Asperger
Salzburg	Jürgen Fischer	Arabella Alic
Kärnten	Jochen Siutz	Silvia Igumnov
Tirol	Gerold Siber	Barbara Nerad
Vorarlberg	Werner Posch	



Das beim Bundesforum 2015 neu gewählte Präsidium der FSG in der GPA-djp

Flüchtlingskrise 2015/2016



Die enormen Fluchtbewegungen im Jahr 2015 dominierten die österreichische und europäische Politik auch noch 2016. Neben Fragen zur Asyl- und Integrationspolitik standen dabei v.a. arbeitsmarktpolitische Herausforderungen im Mittelpunkt, mit mehr als bedenklichen Vorschlägen nicht nur von ganz rechts. So wollte etwa der damalige Außen- und Integrationsminister Sebastian Kurz Asylberechtigte nach deutschem Hartz-IV-Vorbild zu „1-Euro-Jobs“ verpflichten.

Aus Sicht der FSG in der GPA-djp wurden solche als integrationspolitische Konzepte getarnte Lohndumpingvorschläge strikt zurückgewiesen. Dies wurde zum Anlass genommen, der aufgeheizten innenpolitischen Stimmung in der sogenannte Flüchtlingskrise mit faktenbasierten Argumenten und sichtbaren Aktivitäten, wie etwa bei Demonstrationen entgegenzuhalten, auch um Mythen zum Thema Asyl zu entzaubern.

Kritik an transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP, CETA

Im Jahr 2016 nahm die europaweite Kampagne gegen die geplanten Freihandels- und Investitionsschutzabkommen CETA & TTIP an Intensität zu, auch in Österreich. Obgleich verstärkte Handelsbeziehungen grundsätzlich begrüßt wurden, gehörte die

FSG in der GPA-djp gemeinsam mit ÖGB/AK zu den Kritikern einer neoliberalen Freihandelspolitik, die v.a. den Interessen multinationaler Konzerne dient, in wichtigen Punkten jedoch den Interessen von Beschäftigten und Konsument/innen wenig Achtung schenkt und diese ebenso wie Umweltschutzstandards zu untergraben droht.

In diesem Sinn brachte etwa Wolfgang Katzian die Kritik auf den Punkt: „Mit TTIP & Co. droht ein Angriff auf vieles, was über Jahrzehnte hart erkämpft wurde: Soziale Sicherheit, öffentliche Daseinsvorsorge, Arbeitsrechte, Umweltschutz und Demokratie – für Konzerne offensichtlich nicht mehr als sogenannte Handelshemmnisse, die ihre Profitmöglichkeit einschränken und deswegen abgebaut werden sollen.“



Gemeinsam mit zahlreichen NGOs beteiligte sich auch die FSG in der GPA-djp an öffentlichen Aktivitäten, so auch an Demonstrationen in Wien, Linz, Graz und Salzburg im September dieses Jahres. Ziel war es, diese Handelsabkommen zu Fall zu bringen, zumindest „Giftzähne“ zu ziehen, etwa die geplanten Privilegien multinationaler Investoren bei den vorgesehenen Klagemöglichkeiten gegenüber staatlichen Regelungen im Bereich des Umweltschutzes sowie beim Arbeits- und Sozialrecht.

Nationalratswahl 2017

Nach dem Rücktritt von Werner Faymann und dem Wechsel an der SPÖ-Spitze im Jahr 2016 startete der neue SPÖ-Vorsitzende Bundeskanzler Christian Kern seinen „Plan A“ zur Neuaufstellung der Partei. Allzu schnell sollte dieser konzeptionelle Aufbruch in Vorbereitungen zu vorgezogenen Neuwahlen münden. In Folge des Rücktritts von ÖVP-Vizekanzler Reinhold Mitterlehner fanden am 15. Oktober 2017 Nationalratswahlen statt.

Bei diesen Wahlen konnte die SPÖ nicht zuletzt auch durch die tatkräftige Unterstützung und das große Engagement von FSG-Funktionär/innen bei zahlreichen Aktivitäten in ganz Österreich zwar mehr als 100.000 Stimmen zulegen und ihr Ergebnis von 2013 halten, verlor aber trotzdem den ersten Platz an die unter Sebastian Kurz durch und durch



„türkis“ gewandelte ÖVP. Bereits Ende November 2017 deutete vieles auf die Bildung einer rechts-konservativen schwarz-blauen Regierungskoalition hin.

SPÖ-Vorsitzender Christian Kern referierte im Rahmen des FSG/GPA-djp Bundesvorstandes über die aktuelle politische Situation und stellte gemeinsam mit Wolfgang Katzian klar: *„Mit der geplanten Ausweitung der Arbeitszeit und anderen Vorhaben von ÖVP und FPÖ zeichnen sich schlechte Deals für die Arbeitnehmer/innen ab. SPÖ und FSG werden sich gegen jeden Angriff auf die Rechte von Arbeitnehmer/innen und gegen sozialen Kahlschlag wehren!“*



Im Dezember 2017 war es dann soweit, mit der ÖVP-FPÖ-Koalition wurde zum zweiten Mal nach dem Jahr 2000 eine rechts-konservative Regierung in Österreich ange-lobt. Neben einem klar wirtschaftsliberalen Kurs, zu dem es auch gehörte, ÖVP-nahen Großspendern aus der Wirtschaft ihre lang gehegten und bestellten Ge-schenke nicht nur im Bereich der arbeitsrechtlichen Flexibilisierung

zu machen, stand eine substantielle Schwächung bewährter Institutionen der Arbeitnehmervvertretung ganz oben auf deren Agenda dieser Regierungskonstellation.

Türkis-Blau Pläne zum sozialpolitischen Kahlschlag

Mit Antritt einer neuen rechts-konservativen Regierungskoalition sahen sich ÖGB, Gewerkschaften und Arbeiterkammern im Jahr 2018 einer offenen Kampfansage und massiven Angriffen auf historische Errungenschaften gewerkschaftlicher Arbeit der vergangenen Jahrzehnte ausgesetzt. Erstmals in der 2. Republik wurden bewährte Säulen des österreichischen Sozialstaates regierungsamtlich in Frage gestellt.

So sahen sich auch Einrichtungen der sozialen Selbstverwaltung, in denen die Arbeitnehmervvertretung traditionell hohen und rechtlich abgesicherten Einfluss hatte, von

der Auflösung bzw. finanziellen Austrocknung bedroht. Darüber hinaus stand wie bereits in der ÖVP-FPÖ-Koalition zu Beginn der 2000er Jahre die Schwächung des Kammer-systems, vor allem der Arbeiterkammern im Zentrum des Regierungsprogramms.

Entsprechende politische und gesetzliche Initiativen der ÖVP-FPÖ-Regierung folgten auf dem Fuß: Der ÖGB-Bundeskongress war im Juni 2018 kaum zu Ende, schon wurden die im Wahlkampf angekündigten, von Wirtschaftskreisen, die sich gegenüber den neuen Regierungsparteien in der Vergangenheit so spendabel gezeigt haben, vehement eingemahnten Initiativen zur Arbeitszeitflexibilisierung in Angriff genommen. Diese liefen darauf hinaus, dass 12-Stunden-Tage und 60-Stunden Arbeit wöchentlich ohne jede Mitwirkung von Betriebsräten durchgesetzt werden sollten. Vorweg gab es keinerlei Gespräche bzw. Verhandlungen mit ÖGB und AK. Die Arbeitnehmervertretungen wurden schlicht ignoriert.



Das konnte und das wollte die gesamte Gewerkschaftsbewegung so nicht hinnehmen und rief postwendend für den 30. Juni 2018 zu einer Großdemonstration unter dem Motto „NEIN zum 12-Stunden-Tag“ nach Wien. Auch die FSG in der GPA-djp rief zu dieser Demonstration auf. Mehr als 100.000 Menschen kamen, um ihren Protest gegen den 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche zum Ausdruck zu bringen. Sie haben ein klares Zeichen gegen die Pläne der Bundesregierung zur Ausweitung der Arbeitszeit gesetzt. Damit war der Auftakt gegeben für zahlreiche weitere Aktivitäten zur Demonstration von Gegenmacht gegen diesen ungeheuerlichen Sozialraub - im öffentlichen Raum, v.a. aber auch in den Betrieben, die in den kommenden Monaten folgen sollten. An vorderster Front auch hier die FSG in der GPA-djp.

Zerschlagung der Selbstverwaltung in den Sozialversicherungen

Diese Demolierung des Arbeitszeitrechts war nur ein Mosaikstein im Gesamtkonzept einer wirtschaftsliberalen Politik mit dem Ziel, bewährte sozialstaatliche Institutionen zu schwächen und zugleich eine strukturelle Zurückdrängung, wenn nicht gar Entmachtung der Arbeitnehmervertretungen gegenüber jenen der Arbeitgeber in diesen voranzutreiben. Entsprechende Gesetzesinitiativen folgten sehr rasch.



Ab Mitte 2018 beteiligte sich die FSG in der GPA-djp intensiv an Protesten gegen die beabsichtigte Zerschlagung bzw. Abschaffung der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA). Im Herbst rückten vorerst die geplanten Einsparungen im Bereich des Arbeitsmarktservices in den Fokus, bevor die sogenannte Reform der Sozialversicherungsträger das volle Engagement der GPA-djp und auch der FSG erforderte. Denn klar war, dass die vorgesehenen Kürzungen sowie die betriebene Dominanz der Wirtschaft in den künftigen Entscheidungsstrukturen zu Leistungseinbußen und zur Einführung von Selbstbehalten führen werden.



Im Dezember 2018 wurde schließlich nach zahlreichen Protestaktionen diese Strukturreform mit der Fusion der neun Gebietskrankenkassen zu einer Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) beschlossen. Damit sowie mit dem Bedeutungsverlust des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger wurde die Machtposition der Arbeitgeber in den Gremien in einem Maß ausgebaut, die aus Sicht der FSG geradezu einer „Enteignung der Versicherten“ gleichkam. Diese Turbulenzen verlangten von der FSG umgehend nicht nur eine strategische Neuorientierung im Bereich der Sozialversicherungen, sondern auch eine entsprechende personelle Neuaufstellung in der Besetzung der Entscheidungsgremien.

Personelle Neuaufstellung in der GPA-djp und der FSG/GPA-djp

Die Jahre 2015 bis 2020 gingen nicht nur in unserer Gewerkschaft mit einem personellen Wechsel beim Vorsitz wie auch in der Geschäftsführung einher. Auch in der FSG-Arbeit der GPA-djp kam es zur personellen Neuaufstellung. Im Juni 2018 wurde Barbara Teiber, die bisherige Geschäftsführerin der GPA-djp in der Region Wien zur neuen gf. Vorsitzenden der GPA-djp bestellt. Sie folgte Wolfgang Katzian, der in dieser für alle Beschäftigten und die Gewerkschaften ungemein schwierigen Zeit der ÖVP-FPÖ-Regierung als erster GPA-Kandidat beim ÖGB-Kongress im Jahr 2018 an die Spitze des ÖGB gewählt wurde.

Zugleich ging Dwora Stein, die als langjährige Bundesgeschäftsführerin der GPA-djp ebenso wie Wolfgang Katzian über Jahrzehnte entscheidend zur erfolgreichen Entwicklung der Organisation in der GPA-djp und in der FSG beigetragen hat, in Pension. Zum neuen Bundesgeschäftsführer der GPA-djp wurde Karl Dürtscher bestellt, der bereits über Jahrzehnte in verschiedenen Leitungsfunktionen in der Gewerkschaft und auch darüber hinaus tätig war.

Auf Dwora Stein, die über mehrere Wahlperioden hinaus für die GPA-djp als Vizepräsidentin in der AK Wien tätig war und zugleich als Vorsitzende der FSG auch hier für die fraktionelle Arbeit maßgeblich verantwortlich zeichnete (nicht zuletzt im Zuge mehrerer für die FSG so erfolgreicher



AK-Wahlen), folgte in der Funktion der FSG-Bundessekretärin mit Ingrid Reischl eine in den Auseinandersetzungen um sozialpolitische Konflikte bewährte Kraft in der GPA-djp.

Als langjährige Obfrau der Wiener Gebietskrankenkasse und Geschäftsbereichsleiterin der GPA-djp stand sie für inhaltliche Kontinuität auch in der Fraktionsarbeit und übte diese Tätigkeit bis 2019, bis zu ihrem Wechsel als Leitende Sekretärin für Grundsatz im ÖGB aus.

Ihr folgte Mitte des Jahres 2019 Karl Dürtscher, der Bundesgeschäftsführer der GPA-djp nun auch in der Funktion als FSG-Bundessekretär in der GPA-djp nach. Auch der Start seiner fraktionellen Tätigkeit fiel in turbulente innenpolitische Zeiten vom Ibiza-Kollaps der ÖVP-FPÖ Koalitionsregierung über das Intermezzo der Beamtenregierung bis hin zur Koalition von ÖVP und Grünen nach geschlagenen Neuwahlen zum Nationalrat im September 2019.

AK Wahlen 2019

Vor dem Hintergrund der offenen Kampfansage der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung gegen die Arbeiterkammern engagierte sich die FSG in der GPA-djp bereits seit dem Sommer 2018 in allen neun Bundesländern mit gesteigertem und vermehrtem Engagement im Wahlkampf für die Arbeiterkammerwahlen. Schließlich war klar, dass es bei diesen AK Wahlen 2019 nicht nur um ein gutes Ergebnis für die FSG ging. Darüber hinaus galt es, eine möglichst hohe Wahlbeteiligung sicherzustellen, um damit all jenen politischen Kräften die Legitimation zu entziehen, die offen eine Schwächung, wenn nicht gar Abschaffung der AK zum Ziel hatten.

13 Gründe, warum die ÖVP die AK zerstören will:

Wien: FSG +2,1 %

Niederösterreich: FSG +3 %

Oberösterreich: FSG +5,5 %

Kärnten: FSG +0,7 %

Vorarlberg: FSG +3,2 %

Tirol: FSG +1,2 %

Steiermark: FSG +6,7 %

Wien: FCG-ÖAAB -0,5 %

Niederösterreich: NÖAAB-FCG -2,1 %

Oberösterreich: OÖAAB-FCG -3,7 %

Vorarlberg: FCG-ÖAAB -4,4 %

Tirol: AAB-FCG -2,5 %

Steiermark: ÖAAB-FCG -3 %



Ein Einsatz, der sich voll lohnte: Die FSG ging wie bereits bei den letzten AK Wahlen als klare Siegerin hervor. Wie schon bisher stellt die FSG in sieben Länderkammern die absolute Mehrheit. Alle amtierenden Präsident/innen der FSG konnten nicht nur ihre deutliche absolute Mehrheit verteidigen, wurden in ihrem Amt bestätigt und konnten den FSG-Stimmen- und Mandatsanteil zum Teil sogar beträchtlich ausbauen.

AK Wahlen 2019

Tolles Gesamtergebnis für die FSG:

Zugewinne in sieben Bundesländern

+3,32 % Stimmanteil

+80.428 Stimmen

WIR GRATULIEREN!



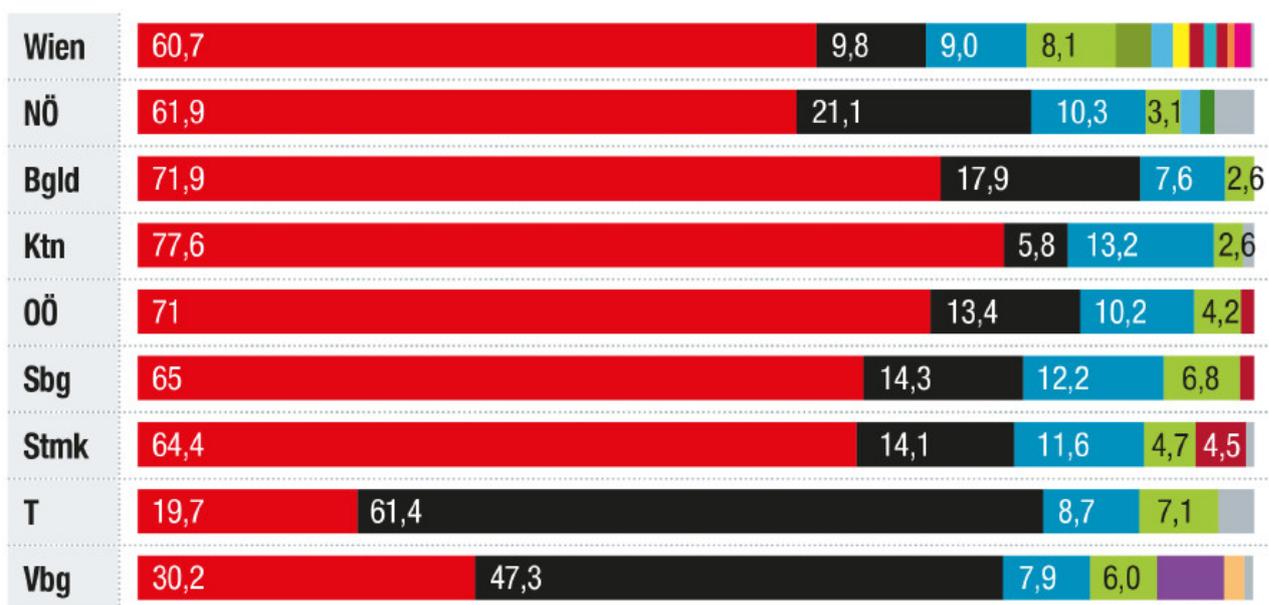
Insgesamt konnte die FSG in sieben Bundesländern zulegen (am stärksten in der Steiermark mit + 6,7 Prozent, in Oberösterreich mit + 5,5 Prozent, in Vorarlberg mit + 3,2 Prozent, Niederösterreich mit + 3,0 Prozent und Wien mit + 2,1 Prozent). Österreichweit legte die FSG um 3,3 Prozentpunkte auf 60,5 Prozent zu, während die Christgewerkschafter (FCG/ÖAAB) 2,7 Prozentpunkte einbüßten und nun bei 18,6 Prozent liegen. – Ein schöner Erfolg für die gesamte FSG im ÖGB und den Gewerkschaften, zu dem auch die FSG in der GPA-djp und alle FSG-Betriebsrät/innen maßgeblich beigetragen haben.

Darüber hinaus konnte auch die Wahlbeteiligung in diesen schwierigen Zeiten trotz der massiven Angriffe auf die AK gegenüber der vorangegangenen AK Wahl österreichweit ziemlich stabil gehalten werden. Ein deutliches Resultat engagierter betrieblicher Aktivitäten, getragen von zahlreichen FSG-Aktivist/innen in der GPA-djp. Und zugleich auch ein mehr als deutliches Zeichen, dass sich die Arbeitnehmer/innen

ihre gesetzliche Interessenvertretung von einer Regierung nicht nehmen lassen wollen, die den Interessen der Beschäftigten mit wenig Respekt begegnet und eine Erregungenschaft der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nach der anderen zu eliminieren trachtet.

AK Wahl: Die Österreich-Ergebnisse

■ FSG ■ FCG-ÖAAB ■ FA-FPÖ ■ AUGE/UG ■ GA 3,2 ■ LP W 1,9; NÖ 1,4 ■ ARGE 1,5 ■ GLB Ktn 1; NÖ 0,5; OÖ 1,2; Szb 1,8; Stmk 4,5; W, T 1,3; Vbg 0,8 ■ TÜRK-İŞ 1,1 ■ KOMintern 1,0 ■ BDFA 0,6 ■ FAIR 1,6 ■ GGN 1,1 ■ HAK 6,1 ■ NBZ 1,8



Angaben in Prozent

■ FSG = Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen ■ FCG-ÖAAB = Fraktion Christlicher GewerkschafterInnen und Gewerkschafter – Österreichischer ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer Bund (in NÖ: NÖAAB-FCG; in Ktn: ÖAAB-FCG; im Bgld: ÖVP-Arbeitnehmer, in OÖ: Team ÖAAB-FCG; in Tirol: Erwin Zangerl aab-fcg; in Vbg: ÖAAB/FCG) ■ FA-FPÖ = Freiheitliche Arbeitnehmer – FPÖ (in Szb: Freiheitliche Arbeitnehmer Szb; in Tirol: FPÖ; in Vbg: FA) ■ AUGE/UG = Alternative, Grüne und Unabhängige GewerkschafterInnen (in Ktn: Grüne UG; in Tirol: Grüne-UG; in Vbg: Liste Gemeinsam) ■ GA = Grüne Arbeitnehmer ■ LP = Liste Perspektive ■ ARGE = Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Arbeitnehmer ■ GLB = Gewerkschaftlicher Linksblock ■ TÜRK-İŞ = Liste Melek Köse ■ KOMintern = Kommunistische Gewerkschaftsinitiative – International ■ BDFA = Bunte Demokratie für alle ■ FAIR = Fair und Transparent ■ GGN = Grüne Gewerkschafter NÖ ■ HAK = Heimat aller Kulturen ■ NBZ = Neues Bündnis Zukunft ■ GRAU = Listen ohne Mandat

EU-Wahl 2019

„Wir wollen ein Europa, das faire Arbeit schafft, Armut bekämpft, leistbares Wohnen und sauberes Trinkwasser sichert, Jugendlichen Perspektive gibt und niemanden benachteiligt. Ein Europa, in dem alle ein gutes Leben haben.“ Mit dieser Devise und dem Motto „Wir überlassen Europa nicht den Konzernen!“ startete die FSG den Wahlkampf für diese Wahlen zum Europäischen Parlament. Weitere Themen, die gerade auch von FSG-Spitzenkandidatin Evelyn Regner gemeinsam mit der SPÖ forciert wurden: Steuergerechtigkeit schaffen, Lohndruck bestrafen, Rechtsruck bekämpfen, sozial gerechter Klimawandel und faire Handelspolitik gestalten.

Maßgeblich entscheidend bei diesen Wahlen am 26. Mai 2019 waren aber letztlich die innenpolitischen Turbulenzen rund um die sog. „Ibiza-Affäre“, die in der Schlussphase der Wahlauseinandersetzung alle innenpolitischen Debatten überlagerten. Die SPÖ

konnte bei dieser ersten Bundeswahl unter der neu gewählten SPÖ-Vorsitzenden Pamela Rendi-Wagner, die im November 2018 Christian Kern an der Spitze der SPÖ gefolgt war, zwar nicht von den Ibiza-Turbulenzen in der ÖVP-FPÖ-Koalition profitieren, ihren Stimmenanteil und Mandatsstand im Europäischen Parlament jedoch halten, keine Selbstverständlichkeit, entfiel doch bei dieser Wahl aufgrund der vergangenen EU-Erweiterungen für Österreich ein Mandat weniger als noch 2014.



Nationalratswahl 2019 führt zu Schwarz-Grüner Koalition



In Folge der sogenannten „Ibiza-Affäre“, in der FPÖ-Parteichef Strache in einem Video gegenüber einer vermeintlich russischen Oligarchin seinen Phantasien über millionenschwere Staatsaufträge, Spenden und einer Übernahme der Kronzeitung freien Lauf ließ, kam es im Jahr 2019 zum völligen politischen Umbruch in Österreich.

Vizekanzler Strache musste zurücktreten. Die ÖVP-FPÖ-Koalition zerbrach. Der gesamten Regierung unter ÖVP-Bundeskanzler Kurz wurde vom Nationalrat das Misstrauen ausgesprochen. Bis zu den angesetzten Neuwahlen im September führte eine Beamtenregierung unter Brigitte Bierlein, der ehemaligen Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs die Regierungsgeschäfte.

Diese Neuwahlen führten im Jänner 2020 zur Bildung der ersten Koalition zwischen ÖVP und den (wieder in den Nationalrat einziehenden) Grünen auf Bundesebene. Sebastian Kurz wurde abermals Bundeskanzler. Die SPÖ blieb in der Opposition und stellte dort die stärkste und bestimmende Kraft. In ihrem Regierungsprogramm unter dem Motto „das Beste aus zwei Welten“ sprach sich die neue Bundesregierung im Gegensatz zur Vorgängerregierung explizit für eine „punktuelle Beteiligung der Sozialpartner“ aus. Dieser Verzicht einer regierungsamtlichen Kampfansage an die Arbeitnehmervertretung wurde von der FSG durchaus positiv gesehen.

Allerdings blieb die gewerkschaftliche Ernüchterung darüber, dass es unter Regierungsbeteiligung der Grünen zu keinerlei Rücknahme der arbeitnehmerfeindlichen Beschlüsse und Gesetze der vorangegangenen ÖVP-FPÖ-Koalition kam, weder im Arbeitszeitrecht noch bei der Reform der Sozialversicherungsträger, womit die völlig unsachliche Mehrheit der Arbeitgebervertretungen in den Organen erhalten blieb, vorerst auch nicht bei den Einsparungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik. Seitens der FSG in der GPA-djp wurde darüber hinaus heftig kritisiert, dass auch im Bereich der Verteilungspolitik jeglicher Fortschritt im Regierungsprogramm fehlt und abermals keine Schritte zur Steuergerechtigkeit gesetzt wurden, ja mitunter weitere Verschlechterungen für die Arbeitnehmerseite drohen.

Entwicklung der Betriebsratsmitglieder der FSG-GPA-djp (FSG/GPA)

Basis der erfolgreichen Fraktionsarbeit war auch in der vergangenen Funktionsperiode das tatkräftige Engagement von FSG-Betriebsgruppen und FSG-deklarierten Betriebsrät/innen. Ihnen sind nicht nur die vielen fraktionell so erfolgreichen Resultate bei Betriebsratswahlen, sondern auch die wachsende Beteiligung bei den AK Wahlen, erst recht das für die FSG durchgängig so erfolgreiche Wahlergebnis zu verdanken. Dazu kommt die engagierte Beteiligung, wenn es darum ging, gewerkschaftliche Aktivitäten und politische Kampagnen in die Betriebe zu bekommen.

FSG-GPA- BR-Mitglieder	Alle	W	M
12/2015	4.669	1.706	2.963
12/2016	4.507	1.656	2.851
12/2017	4.561	1.686	2.875
12/2017	4.653	1.749	2.904
12/2019	4.698	1.757	2.941
12/2020	4.673	1.708	2.965

Die Anzahl der FSG-deklarierten Betriebsratsmitglieder konnte im Zeitraum von Dezember 2015 bis Dezember 2020 weitgehend stabil gehalten werden. In den schwierigen politischen Zeiten unter einer den Gewerkschaften und der betrieblichen Mitwirkung wenig freundlich gestimmten Regierung konnten weitere Betriebsrät/innen für die FSG gewonnen und die Gesamtanzahl sogar erhöht werden, ein Trend, der sich erst mit Ausbruch der Corona-Pandemie wieder abflachte.

Corona verlangt erst recht nach mehr Gerechtigkeit

Mitte März 2020 wurde vor dem Hintergrund der steigenden COVID-19-Infektionszahlen in Österreich der erste Lockdown verordnet. Große Teile der Volkswirtschaft, mit Ausnahme systemerhaltend eingeschätzter Bereiche, wurden weitgehend stillgelegt. Weitere Shutdowns sollten folgen, mit enormen Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft und Arbeitsmärkte. Corona hatte nicht nur die neu angetretene ÖVP-Grüne-Regierung voll im Griff, auch Gewerkschaften und Betriebsrät/innen blickten in dieser gesellschaftlichen Ausnahmesituation auf jede Menge Herausforderungen.

So forderte Corona auch die politische Arbeit der FSG enorm heraus, in der Organisations- und Mobilisierungsarbeit in den Betrieben wie auch in der Gremienarbeit. Obgleich die Pandemie im Bereich der Nutzung digitaler Tools auch für die FSG zu einem Innovationsschub führte, legte die Schließung weiter Teile der Wirtschaft und das hohe Ausmaß der Verlagerung der Beschäftigung ins Homeoffice traditionelle Formen gewerkschaftlicher und fraktioneller Arbeit teilweise auf Eis.

Hier galt es, aufbauend auf innovativer Bildungsarbeit neue Wege zu beschreiten und dabei auch virtuelle Kanäle bestmöglich zu nutzen. Auch für die FSG-Arbeit ist festzuhalten: Die Nutzung digitaler Medien ist gekommen, um als Ergänzung zu bisherigen Arbeitsweisen gewerkschaftlicher Arbeit zu bleiben.

Im Klima des Corona-bedingten nationalen Schulterschlusses kehrte die von Schwarz-Blau vor gar nicht allzu langer Zeit regierungsamtlich zum Abschluss freigegebene Sozialpartnerschaft wieder selbstbewusst in die politische Arena zurück. Anerkennung erfahren ÖGB, Gewerkschaften und AK vorerst freilich als Krisenfeuerwehr, wenn es darum geht, rasch praktikable Kurzarbeitsregelungen oder etwa faire Regelungen für das in der Pandemie so wachsende Homeoffice zu entwickeln.

Die FSG-GPA hat die Notwendigkeit erkannt, hier keine fundamentale Opposition einzunehmen, sondern an machbaren Lösungen für die Beschäftigten und für all jene zu arbeiten, für die in den Corona-Zeiten die sozialen Risiken enorm zunahmen. Die Forderung nach einer Anhebung des Arbeitslosengeldes ist durch die Regierung leider bis dato nicht umgesetzt worden. Für die FSG war es in diesem Sinn Gebot der Stunde weiter für all jene zu kämpfen, die in der Pandemie zwar als sogenannte Systemerhalter/innen und Held/innen beklatscht wurden, aber zumeist schon vor Corona kaum angemessen entschädigt wurden.



Mit Blick auf die bevorstehende Krisenfinanzierung, die aufgrund der enorm gewachsenen Staatsausgaben während der Corona-Zeit anstehen werden, war für die FSG stets klar, dass hier nicht abermals die Arbeitnehmer/innen die Zeche zu zahlen haben, sondern jene zur Kassa gebeten werden müs-

sen, die viel und noch mehr haben, ebenso wie jene, die zu den Gewinner/innen gerade auch dieser Krise zählen. In diesem Sinn unterstützte die FSG mit voller Energie die bewusst in den Monaten der Pandemie wiederaufgenommene Kampagne der GPA zur Einführung von Vermögens- und Unternehmenssteuern.

FSG Fraktionstagungen 2015 - 2020

Neben der fraktionellen Arbeit in den Betrieben und dem Engagement im Zuge anstehender Wahlgänge von Nationalrats-, Landtags- und EU-Wahlen bis hin zu jenen der Arbeiterkammern stand stets auch die Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Entwicklungen in Österreich und darüber hinaus im Fokus der FSG Arbeit der letzten Jahre. Über die Diskussionen in den FSG-Vorständen und Präsidien hinaus standen bei den Tagungen, insbesondere den in aller Regel zweimal im Jahr stattfindenden FSG-Wochenendtagungen folgende Themen im Mittelpunkt:

- Integrations- und Migrationspolitik in der Flüchtlingskrise
- Nachhaltige Finanzierung der Sozialsysteme (u.a. Wertschöpfungsabgabe)
- Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Österreich
- Einschätzung der Nationalratswahl 2017
- 100 Jahre Gründung der Republik: Sozialpolitische Reflexionen
- Ausblick auf die AK Wahlen 2019
- Strategische Ausrichtung von ÖGB und SPÖ unter Schwarz-Blau
- Folgen des schwarz-blauen Umbaus in der Sozialversicherung
- Wahlen zum Europäischen Parlament 2019
- Wirtschaftliche und soziale Auswirkungen des Brexit-Desasters
- Nach der Nationalratswahl 2019
- Die USA unter Trump – 1 Jahr vor der Präsidentenwahl
- Herausforderungen für ÖGB und FSG im Corona-Umfeld
- Folgen der Corona-Krise auf Wirtschaft, Soziales und Arbeitsmarkt
- Auswirkungen der Corona-Krise auf die Einstellung Jugendlicher

FSG Bundesforum 2020: Online Wahlen

Infolge der bleibend prekären Covid-19-Infektionslage seit dem Frühjahr 2020 und den damit einhergehenden Lockdown-Maßnahmen konnten sowohl die im 2. Quartal geplanten FSG Regionalforen 2020 wie auch das im November geplante FSG Bundesforum 2020 nicht als Präsenzveranstaltung stattfinden. Daher haben die zuständigen FSG-Gremien entschieden, zumindest die statutarisch vorgesehenen Wahlen auf Bundes-, wie auch auf Regionalebene als Online-Wahlen abzuhalten.

Diese Online-Wahlen fanden unter den gebotenen technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen in den Regionen der GPA-djp im Juni 2020 statt. Auf Bundesebene folgte zum geplanten Datum des FSG-Bundesforums, am 17. November 2020 ebenfalls eine Online-Wahl.

Damit konnte trotz der Corona-bedingten Ausnahmesituation die personelle Neubesetzung der fraktionellen Arbeit in der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter/innen in der GPA (FSG GPA) vorgenommen werden – so der neue Name unserer Fraktion nach der zeitgleich zum Zeitpunkt der Online-Wahl in einer Online-Abstimmung vorgenommenen Namensänderung, die mit mehr als 97 Prozent eine überaus große Zustimmung erhielt.



www.fsg-gpa.at

Auf Bundesebene wurde Michael Aichinger, nach der Krankenkassenreform nun Vorsitzender des Zentralbetriebsrates in der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) mit hohem Votum als FSG-Bundesvorsitzender in der Gewerkschaft GPA wiederbestellt.

Mit Martin Müllauer, Karin Samer, René Pfister, Klaus Zenz, Beatrix Pröll und Alois Freitag wurden mit ebensolch hohem Votum erfahrene und langjährig, auch in der FSG tätige Betriebsrät/innen zu dessen Stellvertreter/innen gewählt.

Elisabeth Kubicek, Betriebsratsvorsitzende der Nokia Solutions and Networks Österreich folgte als neugewählte Frauenvorsitzende der FSG auf Ingrid Streibel-Zarfl, die diese Funktion über mehrere Funktionsperioden mit großem Engagement ausgeübt hatte.





Bei diesen Online-Wahlen zum FSG Bundesforum der Gewerkschaft GPA wurden darüber hinaus auch sämtliche weitere Organe neu bestellt, so auch das FSG Bundessekretariat.

Dabei wurde der Bundesgeschäftsführer der GPA, Karl Dürtscher auch zum Bundessekretär der FSG-GPA wiedergewählt sowie Verena Nussbaum und Wolfgang Greif zu dessen Stellvertreter/innen bestellt.

Ebenfalls in Online-Wahlen wurden bereits im Juni 2020 sämtliche FSG-Organe in den Regionen der Gewerkschaft GPA gewählt, so auch die Fraktionsvorsitzenden sowie die Frauenvorsitzenden der FSG-GPA.

2020: gewählte FSG-Vorsitzende in der GPA

	FSG-Vorsitz	FSG-Frauenvorsitz
Bund	Michael Aichinger	Elisabeth Kubicek
Wien	Karin Samer	Vivian Fletzer
Burgenland	Bernd Weiß	Inge Unger
Steiermark	Klaus Zenz	Waltraud Stock
Oberösterreich	Beatrix Pröll	Sandra Saminger
Niederösterreich	René Pfister	Didem Strebinger
Salzburg	Jürgen Fischer	Claudia Bannour-Oberhauser
Kärnten	Jochen Siutz	Silvia Igumnov
Tirol	Süleyman Kilic	Barbara Nerad
Vorarlberg	Arthur Tagwerker	

Bildrechte:

Willi Denk, Michael Mazohl, ÖGB-Verlag, GPA